



Landeselternbeirat B-W, Silberburgstraße 158, 70178 Stuttgart

Liebe Eltern!

Freiburg, den 17.06.2020

„Was ist eigentlich aus Ihrem offenen Brief geworden, den Sie vor drei Wochen an den Ministerpräsidenten geschickt haben?“ Das werde ich in letzter Zeit immer öfter von Eltern gefragt. Sie erinnern sich: In diesem Brief habe ich die mangelnde Kommunikation der Kultusministerin mit der Elternschaft und dem Landeselternbeirat und die mangelnde Einbindung des Landeselternbeirat bei Entscheidungen rund um Corona und Schule beklagt. Es wurden alle möglichen Verbände gehört, die Elternschaft und die Stimme der Eltern – der Landeselternbeirat – aber konsequent ignoriert. Nun, um dies gleichsam zu unterstreichen, habe ich bis heute keinerlei Antwort auf dieses Schreiben erhalten

Allerdings hat der Ministerpräsident in einer Regierungspressekonferenz am 16.06.2020 die Kultusministerin von der Kette gelassen. Und die ist ihrerseits ihre Kritiker scharf angegangen. Die Ministerin unterstellt politische Motive und etwas gemäßiger sagt sie dann: „Und deshalb möchte ich an dieser Stelle den Vorwurf, dass nicht kommuniziert wird, in aller Deutlichkeit zurückweisen.“ Zuvor hat sie versucht, in einer Auflistung die Vorwürfe zu entkräften: *„Deswegen würde ich mal schulmeisterlich vortragen: Dass mein Amtschef im Wochenrhythmus mit der AGFS spricht, das sind die Privatschulen, im Wochenrhythmus über mehrere Stunden in der Woche mit den Vorsitzenden der Direktorenvereinigung spricht, mit den Vorsitzenden der kommunalen Landesverbände, namentlich Frau Heute-Bluhm, Professor von Komorowski, Herr Jäger, wöchentlich spricht mit den Abteilungsleitern der Abteilung 4 der RPs ... mit den Vorsitzenden der Lehrerverbände ... und zwar aller ... spricht mein MD sowohl mit den kommunalen Landesverbände... im Zweiwochen-Rhythmus sowie den freien Trägern im kirchlichen Bereich ... und es fanden vergangene Woche mehrstündige Sitzungen statt.“*

Nun möchte ich mich an dieser Stelle einmal ausdrücklich bei Frau Eisenmann bedanken. Mit ihrer Aussage hat sie die Vorwürfe des Landeselternbeirates vollumfänglich bestätigt. Mit ganz vielen Verbänden und Gruppierungen hat die Amtsspitze des Kultusministeriums ganz regelmäßig und umfangreich gesprochen und Telefonkonferenzen abgehalten. NICHT ABER mit den Eltern. Wir hätten uns sehr gerne sehr konstruktiv eingebracht in die Planungen und Entscheidungen, die ja ganz besonders unsere Kinder, aber auch unsere ganzen Familien sehr stark betreffen. Aber uns Eltern hat man die ganze Zeit außen vorgelassen. Und wenn ich jetzt sehe, dass ich seit drei Wochen vergeblich auf eine Antwort des Ministerpräsidenten warte, dann kann ich nur feststellen: Es scheint die Linie dieser Landesregierung zu sein, die Eltern zu ignorieren und als Gesprächspartner außen vor zu lassen.

Eine einzige Ausnahme kann ich hier anführen: Zu einem Gespräch über die Grundschulöffnungen mit verschiedenen Verbänden und dem Ministerialdirektor am 05.06.2020 wurde der LEB eingeladen. In den Monaten davor und den Wochen danach kein einziges Mal. Also auch danach gilt wieder die Devise dieser Landesregierung: Ignoriert die Eltern.

Bei den Eltern kann mich daher nur dafür entschuldigen, dass ich wohl – etwas zu naiv – meine Hoffnung in ein moderierendes Eingreifen des Herrn Kretschmann gesetzt habe. Diese Hoffnung war komplett unbegründet.

Lassen Sie mich aber an dieser Stelle noch auf einige inhaltliche Aspekte der aktuellen Situation eingehen:

1. Bei der Besprechung zur Öffnung der Grundschulen hat der LEB gefordert, dass an Schulen, an denen das gründliche Händewaschen erschwert ist – kein warmes Wasser, wenige Waschbecken, ... – Handdesinfektionsstellen eingerichtet werden müssen. Der LEB hat auch gefordert, dass Schüler*innen mit einem erhöhten gesundheitlichen Risiko und Schüler*innen, die in einem Haushalt mit Personen mit erhöhtem gesundheitlichem Risiko leben, nicht zum Schulbesuch verpflichtet werden dürfen. Diese Anregungen wurden aufgenommen. Wir haben auch darauf hingewiesen, dass solchen Schüler*innen natürlich alternative Möglichkeiten der Beschulung angeboten werden müssen

Der LEB hat übrigens nie die Abschaffung der Schulpflicht gefordert – das war eine Zeitungsente.

Wir Eltern müssen nun in den folgenden Wochen sehr genau hinschauen, ob wirklich ein „regulärer Schulunterricht“ erfolgt. Denn ein Problem ist bekannt: Uns fehlen Lehrkräfte. Die haben uns schon vor der Krise ganz besonders in den Grundschulen gefehlt, und die Fehlplanungen der Landesregierung, die dafür verantwortlich sind, haben wir als LEB seit Jahren regelmäßig angeprangert. Aber nun in der Krise trifft uns dieser Lehrkräftemangel umso härter.

Das Kultusministerium hat den klingenden Begriff der „erweiterten Lernzeit“ eingeführt. Dabei handelt es sich letztlich nur um eigentliche Unterrichtszeit, in der die Kinder wegen des Lehrkräftemangels irgendwie „verwahrt“ werden – qualitativ wertvoller Grundschulunterricht findet in dieser Zeit nicht wirklich statt, oder nur in den allerseltensten Fällen.

Uns muss allen klar sein, dass wir von dem von der Kultusministerin so vollmundig angekündigten Regelbetrieb noch meilenweit entfernt sind. Und uns bleibt der Wunsch, das Politiker*innen selbst in Wahlkampfzeiten etwas differenzierter und ehrlicher formulieren.

2. In diesem Kontext möchte ich Ihnen kurz die Initiative „Durchschnittsexamen“ vorstellen: Eine Gruppe von Lehramtsstudierenden schlägt ein optionales Durchschnittsexamen vor. Dabei wird die Examensnote auf Basis der bisher erbrachten Studienleistungen errechnet. Das ist nach der Umstellung des Lehramtsstudiums auf den Bologna-Prozess ziemlich leicht zu realisieren, da die Studierenden über jeden einzelnen Teil ihres Studiums benotete Leistungsnachweise erbringen müssen – es liegt also schon ein engmaschiges Netz an Noten vor. Was nicht stattfinden würde, wäre eine klassische Staatsexamensprüfung, die sich von einer rein universitären Prüfung dadurch unterscheidet, dass Vertreter*innen der Kultusverwaltung in der Prüfungskommission sitzen. Diese staatliche Beteiligung ist aber in der aktuellen Corona-Situation durch das Kultusministerium ohnehin ausgesetzt.

Und was soll das Ganze bringen, werden Sie fragen. Nun, wir könnten die so „durchschnittsexaminierten“ angehenden Lehrkräfte, die ja immerhin schon ein Lehramtsstudium absolviert haben,

umgehend zur Unterstützung an den Grundschulen einsetzen – noch in diesem Schuljahr. Sicher, das wäre eine Notmaßnahme – aber, ganz ehrlich, das könnte an manchen Standorten die personelle Notlage deutlich entspannen

Der LEB wird auf seiner Klausur darüber abstimmen, ob er diese Initiative auch ganz offiziell unterstützt. Mit diesem Brief wollen wir Sie aber schon vorab informieren und Sie einladen, sich selbst ein Bild zu machen. Das Schreiben der Initiative sowie die weiteren in diesem Brief angeführten Studien können Sie übrigens auf der Website des Landeselternbeirates herunterladen (www.leb-bw.de) – wir werden die Dateien im Laufe des 18.06.2020 auf die Website laden.

3. Wiederholt hat der LEB bemängelt, dass es von Seiten des Kultusministeriums an klar kommunizierten Perspektiven für das neue Schuljahr 2020/21 fehlt. Nun liegen dem LEB zwei Papiere vor, die sich genau diesem Thema widmen. Zum einen ist dies die Stellungnahme der Expert_innenkommission der Friedrich-Ebert-Stiftung „Schule in Zeiten der Pandemie - Empfehlungen für die Gestaltung des Schuljahres 2020/21“. Von dem Problem, nicht genau abschätzen zu können, wie sich die Pandemie weiterentwickelt, lässt sich diese Kommission nicht abschrecken und entwickelt drei Szenarien. In der Kommission war die Elternschaft übrigens vertreten und konnte ihre Ansichten und Wünsche einbringen. Ein solches Vorgehen würden wir uns auch in unserem Bundesland wünschen.

Gerade zum exemplarisch schlechten Vorgehen in Baden-Württemberg hat der Vorsitzende des Bundeselternrats gesagt: *„Man hat immer das Gefühl, dass die Schreiben aus den Ministerien - aus dem Kultusministerium (Anm.: Gemeint ist hier konkret das Kultusministerium in BW) in dem Fall - sehr kurzfristig kommen: am besten freitagnachmittags, das wird dann irgendwann weitergeleitet und montags soll alles funktionieren. Das kann natürlich in der Praxis so nicht laufen.“*

Eine weitere Veröffentlichung, die sich mit den Perspektiven des Schulbetriebs beschäftigt, ist das SPD-Positionspapier *„Das krisenfeste Klassenzimmer“ – Wiedereinstieg in den Regelbetrieb im neuen Schuljahr*. Auch hier erkennen wir, dass auf die Nöte und Wünsche der Eltern gehört wurde. Auch diese beiden Papiere, die wir für sehr wertvolle Beiträge zur Diskussion um Zukunftsperspektiven für den Schulbetrieb in Zeiten von Corona halten, können Sie auf unserer Homepage herunterladen.

Der LEB nimmt eine sehr große Übereinstimmung in der Elternschaft wahr, dass unsere Kinder schnellstmöglich wieder eine verlässliche und pädagogisch wertvolle Beschulung benötigen. Aber natürlich müssen all unsere weiteren Schritte nach dem je aktuellen Stand der epidemiologischen und virologischen Erkenntnisse vertretbar sein. Dabei ist aktuell leider der wissenschaftliche Kenntnisstand für die Situation der Schüler*innen an weiterführenden Schulen ein deutlich geringerer als für die Kinder bis 10 Jahren.

Und eins ist dem LEB nach wie vor sehr wichtig: Zur Verlässlichkeit gehört nicht nur ein vollständiger Präsenzunterricht, sondern auch eine Strategie für möglichst verlustfreie Wechsel in Fernbeschulung bzw. Mischungen, falls das Infektionsgeschehen dies lokal oder regional erforderlich machen sollte. Und damit sind wir auch wieder bei dem drängenden Themenkomplex *„Digitale Ausstattung - Hard- und Software“*. Dass wir hier weiterhin beschämend weit zurück liegen und allerhöchster Handlungs- und Investitionsbedarf besteht, darf auf keinen Fall vergessen werden!



4. Der Landeselternbeirat hatte vor vielen Wochen freiwillige Sommerschulkurse vorgeschlagen: Je zwei Wochen am Anfang, in der Mitte und am Ende der Schulferien. So wird der Familienurlaub, wenn denn einer geplant ist, nicht gefährdet. Als Schulleitung könnte man auch versuchen, pädagogisch ausgebildetes Personal der Volkshochschulen zu gewinnen. Kreative Lösungen wären hier gefragt. Die Kultusministerin hatte damals diesen Vorstoß mit Bausch und Bogen abgelehnt. Aber scheinbar hat hier schließlich doch ein Denkprozess eingesetzt und es gibt erste, zaghafte Anzeichen, dass das Kultusministerium hier in eine Planung eintreten könnte. Wollen wir hoffen, dass diese Planung vor dem 12. September abgeschlossen ist.

5. Erlauben Sie mir zum Abschluss noch einen persönlichen Appell: Die von vielen Eltern lang ersehnte Öffnung der Schulen und KiTas ist natürlich mit Risiken behaftet. Und wir alle sind aufgefordert, durch unser verantwortungsbewusstes Verhalten, diese Risiken so gut wie möglich gering zu halten. Wir werden womöglich erneute Schulschließungen nicht in jedem einzelnen Fall vermeiden können, wie uns der Blick in andere Bundesländer schmerzhaft vor Augen führt.

Aber wir können gemeinsam daran arbeiten, dass das an möglichst wenigen Schulen und KiTas notwendig werden wird. Schlüssel hierzu ist die konsequente Einhaltung der Hygieneregeln. Die sind natürlich etwas sperrig formuliert. Aber viele Schulen haben sich schon auf den Weg gemacht, diese etwas kindgerechter zu formulieren. Als Beispiel führe ich hier den Verhaltenskodex der GMS Filderstadt-Bernhausen auf:

„Liebe Schülerinnen und Schüler,

es ist verpflichtend, diese Anweisungen zu beachten:

- *Ich gehe nicht zur Schule, wenn ich Schnupfen, Halsschmerzen, Husten oder Anzeichen von Corona habe.*
- *Ich gehe zum Unterrichtsbeginn gleich ins Klassenzimmer.*
- *Ich sitze immer am gleichen Platz.*
- *Ich halte Abstand zu meinen Mitschülern und zu den Lehrkräften.*
- *Ich gehe alleine zur Toilette.*
- *Ich wasche mir regelmäßig mit Seife meine Hände.*
- *Ich halte die eingezeichneten Wege auf den Gängen ein und verwende nur die gekennzeichneten Ein- und Ausgänge.*
- *Ich achte auf abgesperrte Flächen.*
- *Ich trinke nicht aus fremden Flaschen, Bechern usw.*
- *Ich niese oder huste in die Armbeuge und wasche mir danach die Hände.*
- *Ich achte darauf, dass das Klassenzimmer regelmäßig gelüftet wird.*
- *Nach dem Ende des Unterrichts verlasse ich unmittelbar das Schulgelände.*
- *Die Handyregelung sowie die Schulordnung gelten weiterhin und sind zu befolgen.“*

Nun werden Sie vielleicht einwenden: Das ist nichts Besonderes, das kennen wir so ähnlich. Dann kann ich nur sagen: Umso besser! Schon mit Einhaltung dieser Regeln erreichen wir sehr viel bei der Vermeidung neuer Schulschließungen – und die will ja nun wirklich keiner!

Mal wieder ein Elternbrief – mal wieder ist er länger geworden als geplant - mal wieder sind viele ganz verschiedene Themen angesprochen worden. Aber uns ist es wichtig, Sie auf dem Laufenden zu halten. Und ganz zum Schluss noch einige Sätze zu unserer eigenen Kommunikation:

Wir erhalten gerade extrem viele Emails und Anfragen von Eltern. Anders als das Kultusministerium arbeiten wir aber ehrenamtlich und wir arbeiten gerade am Anschlag. Deshalb werden viele von Ihnen den Standard-Antwortbrief erhalten. Das heißt aber nicht, dass wir uns nicht um die Themen kümmern. Wir sammeln die verschiedenen Themenkomplexe, wir beraten uns auf zahlenmäßig erhöhten Telefonkonferenzen über die eingehenden Probleme, wir führen in der Sache Telefonate mit Schulen und Schulverwaltungen. Aber nicht immer können wir dann jede einzelne Anfrage auch einzeln beantworten und unsere Fortschritte beschreiben.

Aber wir bleiben dran, selbst wenn wir nicht in jedem einzelnen Fall den gewünschten Erfolg haben. Dabei muss ich aber klar herausstellen, dass wir mit vielen Schulverwaltungen, Schulleitungen und kommunalen Verwaltungen, die ja selbst am Anschlag arbeiten und hohen Herausforderungen gegenüberstehen, viele sehr gute Telefonate hatten und ein offenes Ohr für die Nöte der Eltern gefunden haben – an dieser Stelle dafür mal ein dickes „Danke“!

Für die kommende Zeit wünsche ich Ihnen und Ihren Familien weiterhin viel Kraft und Gesundheit.

Bleiben Sie gesund und behütet!

Mit herzlichen Grüßen



Carsten T. Rees